

dafür ein, den Friedenskampf auf breitester internationaler Ebene zu entwickeln, um eine entscheidende Wende in der Weltpolitik herbeizuführen.

Beide Seiten unterstreichen, daß die Entspannung nicht im Widerspruch zu den objektiven Prozessen der historischen Entwicklung steht und den gerechten Kampf der Völker für nationale Befreiung, sozialen Fortschritt, Demokratie und Frieden sowie das Recht der Völker auf freie Wahl ihres politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsweges nicht behindert.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Moçambique betrachten die Moskauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages als ein konstruktives Programm im Kampf für den Weltfrieden, für die Einstellung des Wettrüstens und für Abrüstung, für die Vertiefung des Vertrauens und der Freundschaft zwischen den Völkern. Die Deklaration dient zugleich dem Kampf der afrikanischen Völker für ihre Befreiung von Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Apartheid, für die Festigung der revolutionären und demokratischen Errungenschaften der Massen.

Sie bekräftigen die Bedeutung der Organisation für Afrikanische Einheit und der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder für die Erhaltung des Friedens und die ökonomische und soziale Entwicklung der Völker. Sie verurteilen die splatterischen Manöver des Imperialismus, die darauf abzielen, die afrikanischen Völker und die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder von ihren natürlichen Verbündeten, den sozialistischen Ländern, sowie von den demokratischen Kräften in den kapitalistischen Ländern zu isolieren.

Beide Seiten begrüßten die Ergebnisse der kürzlichen außerordentlichen Tagung des Koordinierungsbüros der nichtpaktgebundenen Länder in Maputo, die wichtige Resolution zur Verstärkung des antiimperialistischen Kampfes und des Befreiungskampfes im Süden Afrikas annahm. Sie werten die Ergebnisse als konstruktive Vorbereitung für die VI. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder in Havanna. Sie betrachten die Durchführung dieses Gipfeltreffens als Würdigung der hervorragenden Rolle Kubas bei der Verteidigung der Interessen der nichtpaktgebundenen Länder.

Beide Seiten bekräftigen ihre Entschlossenheit, für die Beseitigung des vom Imperialismus geschaffenen Systems internationaler ökonomischer Beziehungen und für die Herstellung neuer demokratischer internationaler Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Wahrung des souveränen Rechts der Völker auf Nutzung ihrer Naturreichtümer zu kämpfen.

Beide Seiten unterstreichen, daß die in der Schlußakte von Helsinki festgelegten völkerrechtlichen Prinzipien, die auch für die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD verbindlich sind, eine stabile Grundlage für den Fortschritt der Entspannungspolitik darstellen. Sie sprechen sich für die strikte Einhaltung des Vierseitigen Abkommens über Westberlin aus.